

ETHNIZITÄT UND WAHLVERHALTEN

Eine räumliche Darstellung am Beispiel der Wahlen 2002 in Kenia

Ingrid PRANGER und Matthias FORCHER-MAYR, Innsbruck*

mit 4 Abb. und einer Tabelle im Text

INHALT

<i>Abstract</i>	279
<i>Zusammenfassung</i>	280
1 Einleitung	281
2 Vom Einparteiensstaat zum politischen Pluralismus	281
3 Politische Logiken	283
4 Politisierte Ethnizität	284
5 Wahlen und Ethnizität	285
6 Die Präsidentschaftswahlen 1997	288
7 Im Vorfeld der General Elections 2002	288
8 Die Präsidentschaftswahlen 2002 und der ethnische Faktor	290
9 Ausblick	293
10 Literaturverzeichnis	293

Abstract

Ethnicity and voting behaviour. A study of the 2002 elections in Kenya with regard to spatial aspects

The Republic of Kenya attained its independence from Great Britain in 1963. The young nation inherited a centralised, ethnically heterogeneous structure, in which the colonial policy of "divide and rule" strengthened the development of distinct ethnic identities decisively. Politics in Kenya were subsequently dominated by the state-party KANU (Kenya African National Union) for almost four decades. Whereas the first president, Jomo KENYATTA, managed to maintain national unity among the diverse ethnic groups due to his charisma, politics were increasingly radicalised on the basis of ethnic divisions since President Moi took over the presidency in 1978. The traditional patronage-system, which was based on ethnic affiliation and loyalty, was called into question.

* Mag. Ingrid PRANGER, Matthias FORCHER-MAYR, beide Institut für Geographie der Universität Innsbruck, A-6020 Innsbruck, Innrain 52; e-mail: Vorname.Name@uibk.ac.at, <http://geowww.uibk.ac.at>

The re-introduction of a multi-party-system increased the tendency for the building of ethnic-political blocs. The first democratic elections in 1992 and those in 1997 clearly demonstrated that ethnic affiliation was the prime criterion for the decision made by the voters then. Both elections were won by Moi and KANU mainly because the opposition was too fragmented.

During the run-up to the most recent elections in December 2002, the various opposition parties amalgamated in spite of ethnic divisions and formed the NARC (National Rainbow Coalition). At first sight these elections exhibited a different voting pattern, as the ethnic dimension lost importance as compared to the earlier elections, but it was the considerably widespread opposition to Moi and KANU that secured a clear victory for NARC and the new President Mwai KIBAKI.

This article shows that, in Kenya, the importance of ethnicity as a determining parameter for voting decisions changes profoundly. Despite of the increase of inter-ethnic voting in the 2002 elections, ethnic solidarity is nevertheless a crucial element in politics.

Zusammenfassung

Mit der Erlangung der Unabhängigkeit von Großbritannien im Jahr 1964 erbte Kenia einen ethnisch heterogenen Zentralstaat, in welchem die koloniale Politik des „divide et impera“ die Entwicklung ethnischer Identitäten maßgeblich beeinflusste. In Folge beherrschte die Staatspartei KANU (Kenya African National Union) annähernd vier Jahrzehnte die Politik des Landes. Während es der erste Präsident Kenias, Jomo KENYATTA, verstand, die verschiedenen ethnischen Gruppen auf nationale Einheit einzuschwören, kam es unter seinem Nachfolger Daniel arap Moi zu einer Radikalisierung der Politik auf Basis ethnischer Unterteilungen. Mit der Wiedereinführung des Mehrparteiensystems verstärkte sich die Tendenz zur ethnischen Blockbildung. Die ersten demokratischen Wahlen 1992 und die darauf folgenden Wahlen 1997 führten die ethnische Zugehörigkeit der Bevölkerung als primäre Grundlage der Wahlentscheidung klar vor Augen. So konnten sich Moi und die KANU beide Male gegenüber der zersplitterten Opposition durchsetzen.

Im Vorfeld der General Elections 2002 kam es zum Zusammenschluss der relevanten oppositionellen Gruppen zur NARC (National Rainbow Coalition) unter dem gemeinsamen Kandidaten Mwai KIBAKI. Im Vergleich zu den vorangegangenen Wahlen verlor der Faktor Ethnizität 2002 vordergründig an Bedeutung. Die breite Opposition gegen Moi und die KANU sicherten der NARC und dem neuen Präsidenten Mwai KIBAKI den Sieg.

Der vorliegende Beitrag zeigt, dass Ethnizität als wahlbestimmender Parameter in Kenia einem Bedeutungswandel unterworfen ist. Trotz einer Zunahme von interethnischen Wahlentscheidungen bei den Wahlen 2002 bleibt ethnische Solidarität nach wie vor ein bestimmendes Element im Wahlverhalten des Einzelnen.

1 Einleitung

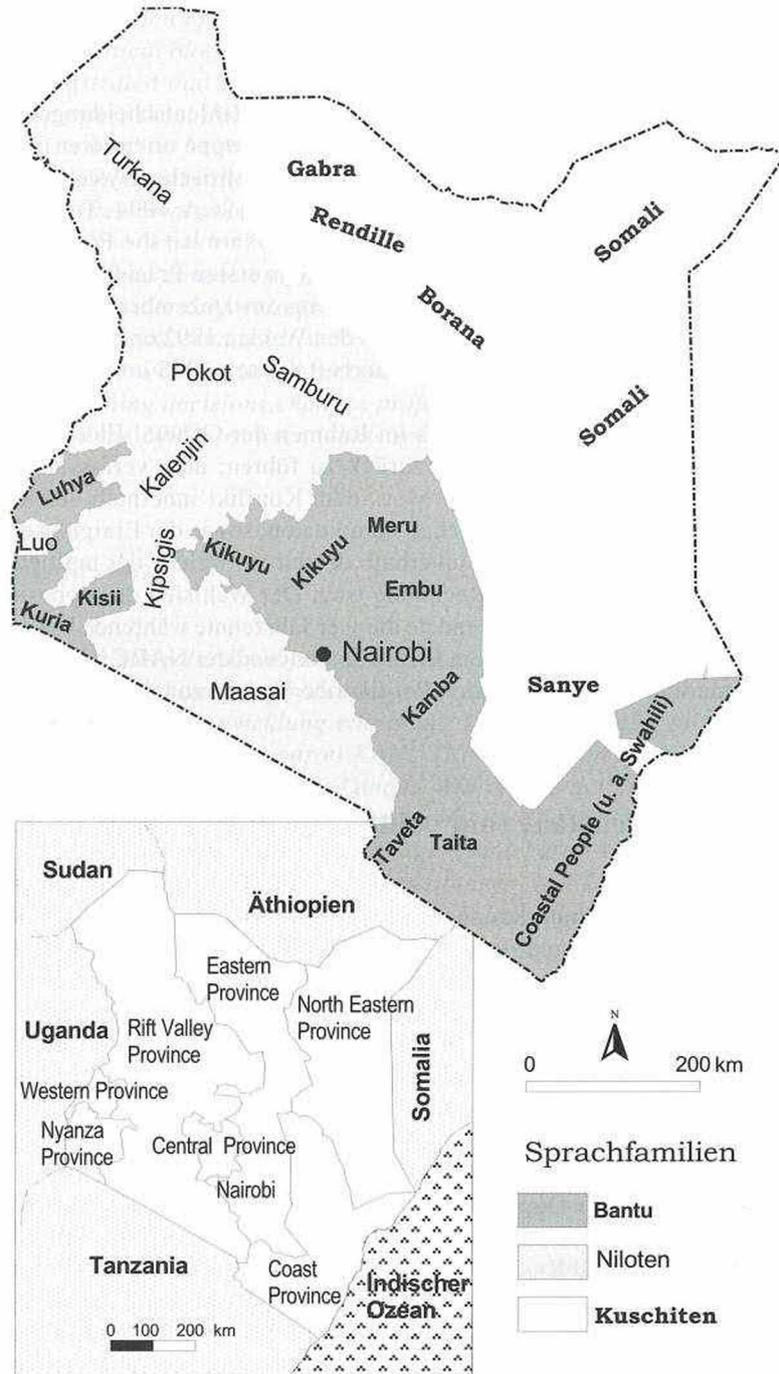
Ethnische Heterogenität und „ethnic voting“, also Wahlentscheidungen, die sich an der Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen Gruppe orientieren, werden als wesentliche Faktoren für die fehlende Konsolidierung politischer Systeme in zahlreichen afrikanischen Staaten angesehen (HOROWITZ 1985, SEITZ 1994, TETZLAFF 1996). Im Zuge der „Demokratisierung“ Anfang der 1990er-Jahre hat die Politisierung von Ethnizität in Kenia an Virulenz gewonnen. Die beiden ersten Präsidentschaftswahlen nach Wiedereinführung eines Mehrparteiensystems im Dezember 1991 waren von ethnischen Verteilungskämpfen dominiert. Bei den Wahlen 1992 und 1997 begünstigte die Zersplitterung der Opposition den Machterhalt des seit 1978 im Amt befindlichen Daniel arap Moi.

Die Veränderung des Wahlverhaltens im Rahmen der General Elections 2002 ist auf mehrere interdependente Faktoren zurück zu führen: dem verfassungsmäßigen Verbot einer neuerlichen Amtsperiode MOI's, dem Konflikt innerhalb der KANU im Hinblick auf die Frage des Präsidentschaftskandidaten, sowie der Einigung der Opposition und einer Kandidatenstruktur innerhalb derselben, welche der multiethnischen Bevölkerungsstruktur des Landes Rechnung trug. Der Wahlsieg des oppositionellen Spitzenkandidaten, Mwai KIBAKI, beendete die vier Jahrzehnte währende Herrschaft der früheren Staatspartei KANU. Mit dem Erfolg KIBAKI's und der NARC hat die ethnische Dimension innerhalb der kenianischen Politik eine Veränderung erfahren.

2 Vom Einparteienstaat zum politischen Pluralismus

Die Kolonialmacht Großbritannien hinterließ der jungen Republik Kenia einen zentralistischen, ethnisch heterogenen Staat. Die Herausbildung ethnischer Identitäten wurde durch die koloniale Praxis des „Teile und Herrsche“ (divide et impera) nachdrücklich beeinflusst. In Kenia leben rund 40 ethnische Gruppen, die anhand des Unterscheidungsmerkmals Sprache in drei Großgruppen eingeteilt werden können. Zwei Drittel der Bevölkerung sprechen Bantu Sprachen, 30% Nilotische Sprachen, und rund 3% Kuschitische Sprachen (vgl. Abb. 1).

Die Politik des im Jahr 1963 unabhängig gewordenen Landes wurde während der ersten 15 Jahre von dessen Präsidenten, dem Kikuyu Jomo KENYATTA und der KANU dominiert. Das Verbot der Oppositionspartei KPU (Kenya People's Union) im Jahr 1969 machte Kenia de facto zum Einparteienstaat. Entsprechend der Verfassung des Landes ging nach dem Tod KENYATTAS im Jahr 1978 die Herrschaft an den damaligen Vizepräsidenten, den Kalenjin Daniel arap Moi, über. Trotz parteiinterner Versuche, den Vertreter einer im Vergleich zu den Kikuyu eher unbedeutenden ethnischen Gruppe aus dem Amt des Präsidenten zu verdrängen, konnte sich Moi wiederholt durchsetzen. 1982 wurde der erneute Versuch, eine zweite Partei auf der politischen Bühne des



Grundlagen: Eigene Darstellung verändert nach OJANYI & OGENDO (1988, S. 116).

Abb. 1: Ethnische Gruppen und Sprachfamilien in Kenia

Landes zu etablieren mit einem entsprechenden Verbot als Verfassungszusatz beantwortet. Somit wurde Kenia auch de jure zum Einparteienstaat.

Ein Putschversuch im selben Jahr verstärkte autoritäre und repressive Züge in MoIs Herrschaftsstil. Als Folge seiner machstrategischen Überlegungen fand sich zu Beginn der 1990er-Jahre ein Gutteil der politischen Elite des Landes von den inneren Zirkeln der Macht ausgegrenzt (PETERS 1998). MoIs Bemühungen, das Entstehen einer Oppositionsbewegung zu verhindern, hatte jedoch den gegenteiligen Effekt. Die an den Rand gedrängten politischen Akteure formierten sich in entsprechenden Gruppierungen. Zeitgleich stellten sich auch andere gesellschaftliche Gruppen, wie Berufsverbände, Kirchen und NGO's, MoIs autoritärem Staat entgegen. Erst als die Weltbank im November 1991 die Zahlungsbilanzhilfe aussetzte, reagierte MoI auf die interne und externe Forderung nach der Zulassung weiterer politischer Parteien mit einer Verfassungsänderung (MAIR 1998). Infolge kam es 1992 zu den ersten Mehrparteienwahlen.

3 Politische Logiken

Im Zuge der Dekolonisation konnte in den meisten afrikanischen Staaten durch den Herrschaftstransfer von den Kolonialmächten auf einheimische Führer lediglich eine äußere, kaum aber eine innere Legitimität erlangt werden (JACKSON & ROSBERG 1985). Dieser Mangel führte auch in Kenia zur Suche nach neuen Formen der politischen Legitimierung von Macht. Personengebundene vertikale Bande der Solidarität, so genannte Klientelnetze, wurden zum Rückgrat des politischen Systems. Inhaltlich bestehen diese Beziehungen aus einem Tausch von Leistungen unterschiedlicher Qualität.

Die Grundzüge staatlicher und politischer Ordnung in einem solchen neo-patrimonialen Staat (MEHLER 1990) sind durch die Personalisierung von Macht auf allen gesellschaftlichen Ebenen gekennzeichnet. Jedes Stück öffentlicher Macht wird als persönlicher Besitz betrachtet, d.h. alle politischen und administrativen Beziehungen sind vorrangig persönlicher Natur. Der „Patron“, der Staatschef, steht im Zentrum der Beziehungen, ist Alleinherrscher auf Lebenszeit und kontrolliert den Zugang zu staatlichen Ressourcen. Der Staat ist in erster Linie das Beuteobjekt der jeweiligen herrschenden Klasse und wird in kolonialer Manier verwaltet, die nicht auf nationale Integration, regionalen Ausgleich und wirtschaftlich nachhaltige Entwicklung ausgerichtet ist. Neo-Patrimonialismus beschreibt somit die Überlagerung einer patrimonialen politischen Logik mit formalen staatlichen Institutionen wie sie der rational legitimierte Staat nach WEBER (1990) verlangt. Die Institutionen dieses Staates sind zu einem guten Teil Fassade – die Politik spielt sich weitgehend in informellen Netzen ab. Wichtigster Bezugspunkt für den Aufbau dieser Netzwerke ist die ethnische Zugehörigkeit (CHABAL & DALOZ 1999; VON TROTHA 1995).

Das unter KENYATTA errichtete Patronagesystem prägt die Politik Kenias bis heute. Zur Sicherung seiner Macht bediente sich der Präsident vor allem der Loyalität der eigenen ethnischen Gruppe. Unweigerliche Folge dieses Systems war die Verstärkung

des Ungleichgewichts zwischen einzelnen Regionen, ethnischen Gruppen und eine, zunächst nur unterschwellige Intensivierung ethnischer Spannungen.

Anders als KENYATTA konnte sich MOI nicht auf die Unterstützung der Kikuyu, der größten und mächtigsten Volksgruppe des Landes, verlassen. Vielmehr hatte er einen Staatsapparat übernommen, in dem zahlreiche Schlüsselpositionen von Kikuyu besetzt waren. MOIs ethnische Gruppe, die Kalenjin, ist ein heterogenes Bündnis kleiner Ethnien, die nur nachgeordnete wirtschaftliche Bedeutung besitzen. Die vergleichsweise schwache eigene ethnische Basis ließ daher die reine Verfügungsgewalt über das Präsidentsamt als nicht ausreichend erscheinen. Die Folge war eine Zerstörung des bestehenden Systems, indem die mittlere Ebene der Machtpyramide durch das permanente Auswechseln von Patronen destabilisiert wurde.

MOIs Politik führte zu einer Zunahme ethnischer Spannungen und in Folge zur Bedrohung der nationalen Einheit des Landes. Der vom Regime systematisch geschürte Tribalismus wurde gleichzeitig von MOI dazu benutzt, nationale bzw. internationale Forderungen nach einer politischen Öffnung Kenias nicht nach zu kommen. Der Einparteiensstaat diente in dieser offiziellen Rhetorik als Garant für Stabilität (DENG 1996).

4 Politisierte Ethnizität

Wenn infolge von Konflikten zwischen herrschenden Eliten Ethnizität mit politischer Bedeutung beladen wird, kommt es zur Politisierung ethnischer Differenzen. So gesehen ist politisierte Ethnizität ein Phänomen der Moderne, welches erst durch gesellschaftliche Institutionen und politische Akteure kreiert bzw. interpretiert wird. Spannungen zwischen verschiedenen Ethnien entstehen dabei vor allem bei einem ungleichen Wettbewerb um begrenzte Ressourcen. Die Veränderlichkeit ethnischer Identität hängt somit mehr von den sozioökonomischen Umständen als von objektiven Kriterien der Identitätsfindung ab. Ethnisches Bewusstsein erwacht als Antwort auf neue politische und ökonomische Möglichkeiten bzw. Bedrohungen. Seit der Erreichung der Unabhängigkeit sind in vielen afrikanischen Staaten gerade diese Möglichkeiten und Bedrohungen durch die jeweiligen politischen Führer in entsprechenden klientelistischen Systemen bewusst kanalisiert worden. Der Aufbau einer loyalen Klientel und gleichzeitige Ausschluss konkurrierender ethnischer Gruppen von Entscheidungsprozessen ist unabdingbar für die politische Stabilität. Ein Rückgang der Ressourcen, die für die Aufrechterhaltung des Klientelsystems notwendig sind, führt unweigerlich zu Spannungen, die sich auf die Brüche zwischen ethnischen Gruppen negativ auswirken.

Anzumerken bleibt, dass die ethnische Heterogenität innerhalb einer Gesellschaft nicht ausreicht, um ethnische Konflikte entstehen bzw. eskalieren zu lassen, sondern dass vielmehr die politische Inanspruchnahme ethnischer Differenzen die entscheidende Variable darstellt. HOBBSBAWN (1996) merkt in diesem Zusammenhang an, dass ein politisches System nicht zwingend die jeweiligen gesellschaftlichen Brüche widerspiegelt. Erst wenn Brüche innerhalb einer Gesellschaft willentlich und bewusst

instrumentalisiert werden, können sie als Ursache potenzieller Konflikte Bedeutung erlangen. Ethnizität ist weder programmatisch noch politisch, sondern ist als Faktor nur dann entscheidend, wenn die Abgrenzung der eigenen ethnischen Gruppe politisch und ökonomisch opportun erscheint. Somit unterliegt Ethnizität einer utilitaristischen Logik.

Ein Großteil der rund 40 ethnischen Gruppen Kenias bildete erst unter kolonialem Modernisierungsdruck seine Identitäten in einer Mischung aus Selbst- und Fremdzuschreibungen aus. Als im Zuge des Dekolonisationsprozesses die ersten Verteilungskämpfe zwischen den neu entstehenden politischen Eliten aufbrachen, begann man Ethnizität zunehmend als Machtinstrument einzusetzen. Die von der Kolonialregierung eingerichteten administrativen Grenzen definierten somit Arenen im Kampf um staatliche Ressourcen. Die Rückkehr zum Parteienpluralismus verstärkte die Tendenz zur ethnisch-politischen Lagerbildung.

5 Wahlen und Ethnizität

Die kenianischen General Elections setzen sich aus Gemeinde-, Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zusammen. Gemeinde- und Parlamentswahlen werden in stärkerem Maße von lokalen Themen und Bedürfnissen bestimmt. Der Wahlerfolg eines Kandidaten in seinem Wahlkreis hängt hier vor allem an seiner „ability to deliver“ ab. So zielt das Interesse dieser Analyse auf die Präsidentschaftswahlen. Hier zeigen sich ethnische Muster im Wahlverhalten besonders deutlich.

Die Verfassung verlangt vom zukünftigen Präsidenten die absolute Stimmenmehrheit. Gleichzeitig muss der Bewerber die parlamentarische Vertretung eines Wahlkreises inne haben und mindestens 25% aller Stimmen in fünf der acht Landesprovinzen erreichen. Diese Bestimmung trägt der Ethnisierung der Politik Rechnung und soll verhindern, dass der Staat von einer einzigen ethnischen Gruppe kontrolliert wird. Waren die ersten beiden General Elections nach der Wiedereinführung des Mehrparteiensystems von schweren ethnischen Konflikten und massiven Wahlfälschungen begleitet, so gestaltete sich der Ablauf der Wahlen 2002 nach Einschätzung in- und ausländischer Beobachter frei und fair (MURIUKI 2002).

Die voran gegangenen Wahlen der Jahre 1992 und 1997 (vgl. Tab. 1) zeigten die ethnische Gebundenheit des Wahlverhaltens deutlich. Neben dem ethnischen Faktor verhinderte vor allem das instrumentelle Demokratieverständnis der Akteure eine Koalitionsbildung zwischen den einzelnen Oppositionsparteien. Das primäre Interesse lag im Erlangen der Macht, wobei die jeweilige ethnische Basis einen fest kalkulierbaren, aber zahlenmäßig begrenzten Wählerstamm garantierte. Moi und die KANU standen einer zersplitterten Opposition mit dem klaren Ziel des Machterhalts gegenüber. So erklärt es sich, dass Moi in beiden Jahren die Wahl für sich entscheiden konnte, obwohl jeweils rund 60% der Wahlgänger gegen ihn stimmten (FORCHER-MAYR & PRANGER 2003).

Präsidentenschaftskandidat	1992					1997					2002		
	Moi	O. Odinga	Kibaki	Matiba	Moi	Kibaki	R. Odinga	Wamalwa	Ngilu	Ken-yatta	Kibaki	Nyachae	
<i>Partei</i>	KANU	FORD-K	DP	FORD-A	KANU	DP	NDP	FORD-K	SDP	KANU	NARC	FORD-P	
Coast P.	63,2	15,7	10,8	9,1	62,3	12,7	6,7	2,7	9,3	33,4	62,8	3,2	
Central P.	2,1	1,2	36,2	59,9	5,7	88,6	0,7	0,3	3,0	30,3	69,0	0,4	
Eastern P.	36,6	2,5	49,7	10,4	34,5	28,4	0,7	0,7	34,2	26,2	72,5	0,8	
Nairobi	16,8	20,2	18,7	44,1	20,4	43,3	17,1	6,8	10,7	20,8	76,5	2,4	
North Eastern P.	79,6	8,1	7,0	5,2	73,0	21,1	0,3	4,6	0,5	67,1	28,1	3,2	
Nyanza P.	14,6	73,9	6,8	3,6	23,4	15,0	56,7	1,6	1,7	7,6	61,4	29,8	
Rift Valley P.	66,4	5,7	7,8	19,8	69,4	20,9	2,1	6,2	0,7	53,0	43,4	3,2	
Western P.	40,2	17,6	2,6	38,2	44,7	1,4	1,9	48,0	0,5	21,5	76,3	1,4	

Quellen: NEMU (National Election Monitoring Unit); IED (Institute for Education in Democracy).

Tab. 1: Die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen 1992, 1997 und 2002 (nach Prozent) zeigen einen deutlichen Zusammenhang zwischen vorherrschender ethnischer Gruppe und Wahlsieger (in Fettdruck) in den einzelnen Provinzen

Legende zu Tabelle 1

DP (Democratic Party): Die Partei wurde 1991 von ehemaligen KANU-Funktionären unter der Führung Mwai KIBAKIS (Kikuyu) gegründet. Der ethnische Kern der DP setzt sich zum überwiegenden Teil aus Kikuyu der mittleren und höheren Einkommensschichten zusammen.

FORD-A (Forum for the Restoration of Democracy - Asili): Unter der Führung von Kenneth MATIBA (Kikuyu) stützte sich diese Partei vor allem auf die Stimmen der Kikuyu. Der Wahlboykott MATIBAS 1997 und dessen personeller sowie finanzieller Rückzug, führte die Partei an den Rand der politischen Bedeutungslosigkeit.

FORD-K (Forum for the Restoration of Democracy-Kenya): Nach dem Tod Oginga ODINGAS (Luo) im Jahr 1994 kam es in der hauptsächlich von Luhya und Luo dominierten Partei zu Nachfolgestreitigkeiten. Die Ernennung von Michael Kijana WAMALWA (Luhya) zum Parteivorsitzenden führte zur Abspaltung der Luo-Fraktion unter der Führung von Oginga ODINGAS Sohn Raila.

FORD-P (Ford-People): Die mehrheitlich von der ethnischen Gruppe der Kisii getragene Partei wurde 1997 gegründet. Aufgrund von Differenzen in Bezug auf die gemeinsame Nominierung eines Spitzenkandidaten, sah der Parteivorsitzende Simon NYACHAE (Kisii) von einem Beitritt zur NARC ab.

KANU (Kenya African National Union): Die frühere Staatspartei repräsentiert die kleinen und mittelgroßen ethnischen Gruppen des Landes. Den ethnischen Kern der KANU bildet die KAMATUSA Gruppe bestehend aus KALEJIN, MASAI, TURKANA und SAMBURU. Daneben zählen auch kleinere ethnische Gruppen der aus Coast Province sowie Pastoralisten aus dem Norden des Landes zur Wählerschaft der Partei.

NARC (National Rainbow Coalition): Das multiethnische Oppositionsbündnis unter dem gemeinsamen Spitzenkandidaten Mwai KIBAKI setzt sich aus insgesamt 13 politischen Parteien zusammen. Wahlrelevant unter diesen waren DP, FORD-K, NDP und SDP.

NDP (National Development Party): Streitigkeiten zwischen WAMALWA und Raila ODINGA (Luo) innerhalb von FORD-K hatten den Übertritt ODINGAS im Jahr 1997 in die bis dato politisch bedeutungslose NDP und deren Neuorientierung als Luo - Partei zu Folge.

SDP (Social Democratic Party): Im Vorfeld der Wahlen 1997 erfolgte die Wiederbelebung der bereits 1992 durch Johnston MAKAU (Kamba) gegründeten Partei, welche nach dessen Übertritt zur KANU de facto in Auflösung begriffen war. Nach ihrem Wechsel von der DP zur SDP führte Charity NGILU (Kamba) die Partei in die Wahlen des Jahres 1997. Die Gruppe der Kamba bildet die ethnische Basis der SDP.

6 Die Präsidentschaftswahlen 1997

Die Anhänger des Wahlsiegers Moi und der KANU setzten sich zum überwiegenden Teil aus kleinen und mittelgroßen ethnischen Gruppen zusammen. Neben den KALENJIN, MAASAI, TURKANA und SAMBURU (KAMATUSA) zählen große Teile der Bevölkerung aus der Coast Province sowie kleinere Gruppen aus semiariden und pastoralen Gebieten zum ethnischen Kern der KANU. Die Machtbasis der herrschenden Elite fußte somit vor allem auf Wählergruppen aus der Peripherie. Die Angst, von einer größeren ethnischen Gruppe dominiert zu werden, führte dazu, dass diese marginalisierten Gruppen einen großen Beitrag zum Machterhalt MoIs leisteten. „A Situation has emerged in Kenya over this period where the remote and underdeveloped areas are the ones ruling the country“ (IED 1998, S. 5).

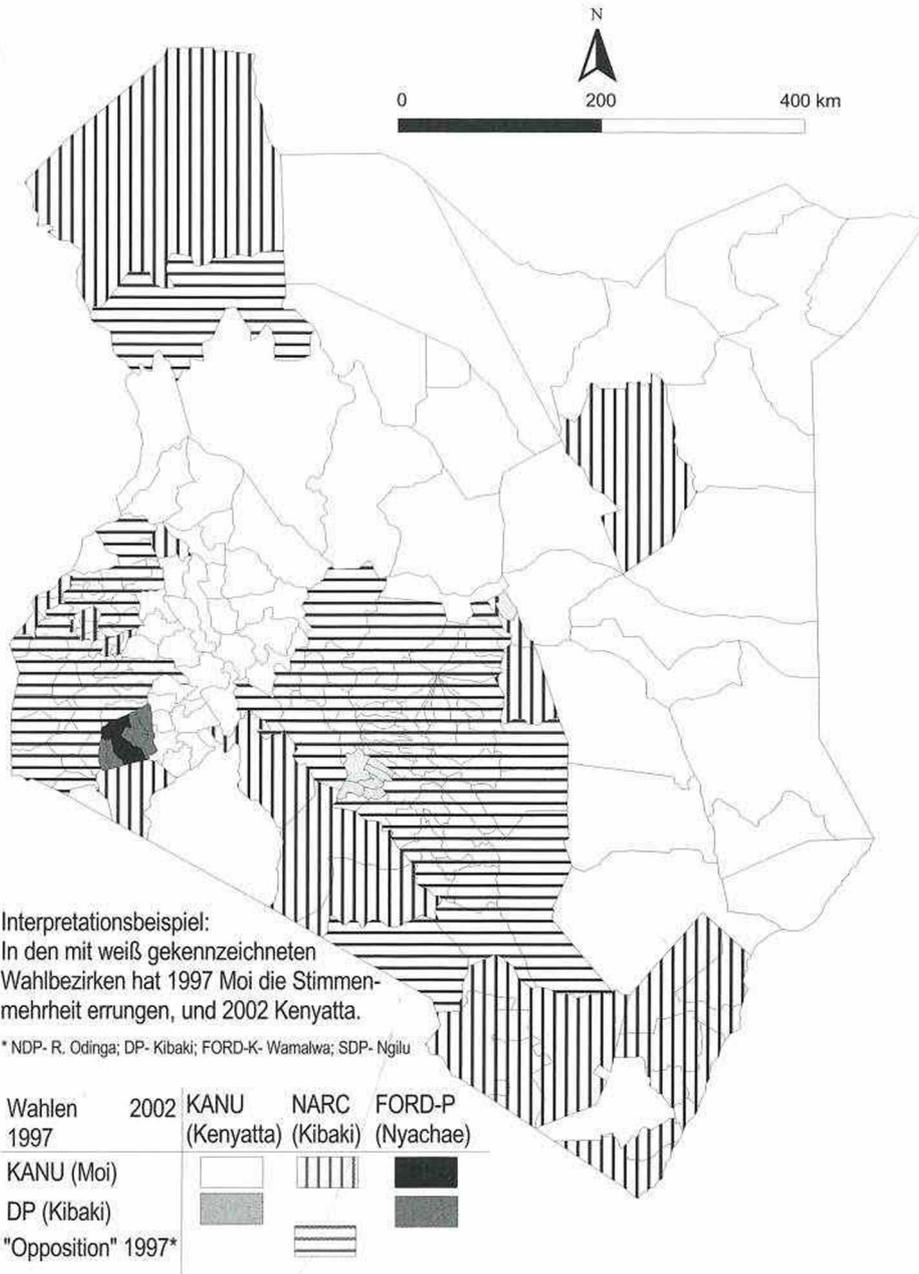
Der ethnische Hintergrund der damaligen Regierungspartei ist vor allem im Zusammenhang mit der Herrschaftsperiode KENYATTAS zu sehen. Während die Kikuyu als größte ethnische Gruppe unter KENYATTA klare wirtschaftliche Vorteile genossen, versiegten diese Privilegien nach der Machtübernahme MoIs. Die materiellen Bedingungen verbesserten sich damit für jene ethnischen Gruppen, die hinter der KANU standen. Dies galt vor allem für die Kalenjin.

Mwai KIBAKI (Kikuyu, Democratic Party) schaffte die genannte 25% Hürde in den Provinzen Central, Eastern und Nairobi. Dort ist seine ethnische Basis bestehend aus Kikuyu, Embu und Meru (Gema) stark vertreten. Die von der ethnischen Gruppe der Luo dominierten Gebiete in Nyanza wählten ebenfalls als Block „ihren Sohn“ Raila ODINGA (Luo, National Development Party). Lediglich Michael Kijana WAMALWA (Luhya, Ford-Kenya) in der Western und Charity NGILU (Kamba, Social Democratic Party) in der Eastern Province mussten signifikante Stimmenanteile an ihre Gegner abgeben. Die ethnische Gebundenheit des Wahlverhaltens wurde zudem durch die Tatsache untermauert, dass es nur Moi und KIBAKI gelang, in den ethnischen Territorien der jeweils anderen Kandidaten wesentliche Stimmengewinne zu verzeichnen. Wie auch 1992 (vgl. Tab. 1) hatte Kenia überwiegend in ethnischen Blöcken gewählt, wobei die Ergebnisse den seit der Unabhängigkeit bestehenden Kikuyu-Luo Konflikt besonders deutlich zeigten (HORNSBY 2001).

7 Im Vorfeld der General Elections 2002

Eine entscheidende Veränderung im Vergleich zu den beiden letzten Wahlen stellte die Umstrukturierung der Parteienlandschaft des Landes dar. Noch 1997 führten die damaligen Präsidentschaftskandidaten der Opposition verschiedene Parteien an, welche jeweils ein bestimmtes ethnisches Lager repräsentierten. Im Vorfeld der Wahlen 2002 kam es nun zum Zusammenschluss der relevanten oppositionellen Gruppen.

Ausschlaggebend war ein parteiinterner Machtkampf um die Nachfolge MoIs innerhalb der KANU. Die undemokratische Ernennung von Uhuru KENYATTA, dem Sohn



Grundlagen: Map of Kenya 1: 250.000; NEMU (National Election Monitoring Unit); IED (Institute for Education in Democracy)

Abb. 2: Veränderung der Stimmenmehrheit von 1997 auf 2002

des ersten Präsidenten, zum Spitzenkandidaten erzeugte den Widerstand des Rainbow Alliance-Flügels innerhalb der KANU. Maßgeblich getragen von Raila ODINGA, dessen NDP im August 2001 mit der KANU fusionierte, und dem Kikuyu-Maasai George SAITOTI schloss sich diese Gruppe im Oktober 2002 der NAPK (National Alliance Party of Kenya) an. Die daraus entstandene NARC (National Rainbow Coalition), ein Oppositionsbündnis bestehend aus 13 Parteien und zwei Pressure Groups, ging nunmehr mit Mwai KIBAKI als gemeinsamen Spitzenkandidaten in den Wahlkampf (AFRICA CONFIDENTIAL 25/10/02; RUGENE & MUGONYI 2002).

Dieser Zusammenschluss resultierte nicht zuletzt aus den Erfahrungen der vorangegangenen Wahlen und repräsentierte die Bemühung der bis dato zersplitterten Opposition, MOI und der KANU geschlossen gegenüberzutreten. Nunmehr in der NARC vereint, konnten KIBAKI, NGILU, ODINGA, und WAMALWA ihre ethnischen Wählerblöcke zusammenlegen. Der Zusammenschluss von mehreren quasi monoethnischen Parteien sollte somit den erneuten Wahlsieg eines Kanu-Kandidaten verhindern (vgl. Abb. 2).

8 Die Präsidentschaftswahlen 2002 und der ethnische Faktor

Die Analyse der Wahlergebnisse zeigt, dass der Sieg KIBAKIS keine Abkehr von einem ethnisch determinierten Wahlverhalten darstellt. Dies obwohl ein Großteil der Kenianer für einen Kandidaten stimmte, der nicht ihrer ethnischen Zugehörigkeit entsprach.

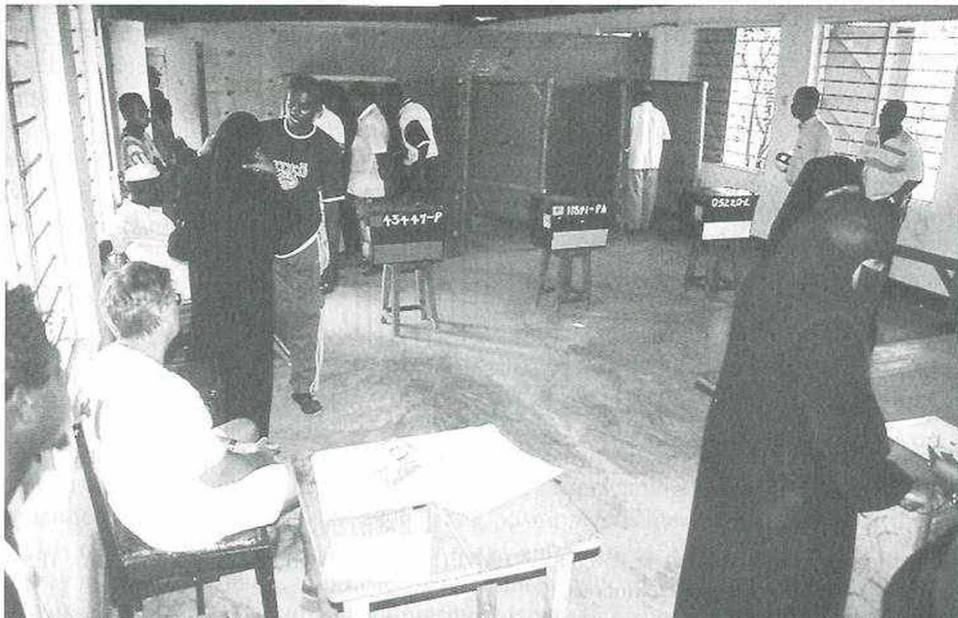


Abb. 3: Ausländischer Wahlbeobachter in Lamu West

Grundsätzlich wurde KIBAKI in jenen Gebieten wieder gewählt, die auch 1997 für ihn gestimmt hatten. Die einzige Ausnahme stellte die Central Province dar, in der KIBAKI durch die Kandidatur KENYATTAs intraethnische Konkurrenz erhielt. Konnte KIBAKI 1997 noch jeden Wahlkreis für sich entscheiden, musste er 2002 sechs der insgesamt 29 Wahlkreise an KENYATTA abgeben. Dennoch spiegelt das Ergebnis die anti-KANU-Stimmung in der Provinz wider, die aus der fortschreitenden Marginalisierung unter dem MOI-Regime resultiert. Gleichzeitig beeinflusst die räumliche Nähe zu Nairobi die politische Wahrnehmung der Bevölkerung. Das Vorbild des in Kenia primär urbanen Phänomens der Zivilgesellschaft führte zu einem höheren Grad an politischem Bewusstsein und zu einer Sensibilisierung im Hinblick auf die Versuche MOIs, politisches Kapital aus ethnischen Unterteilungen zu schlagen (NJOGU 2001).

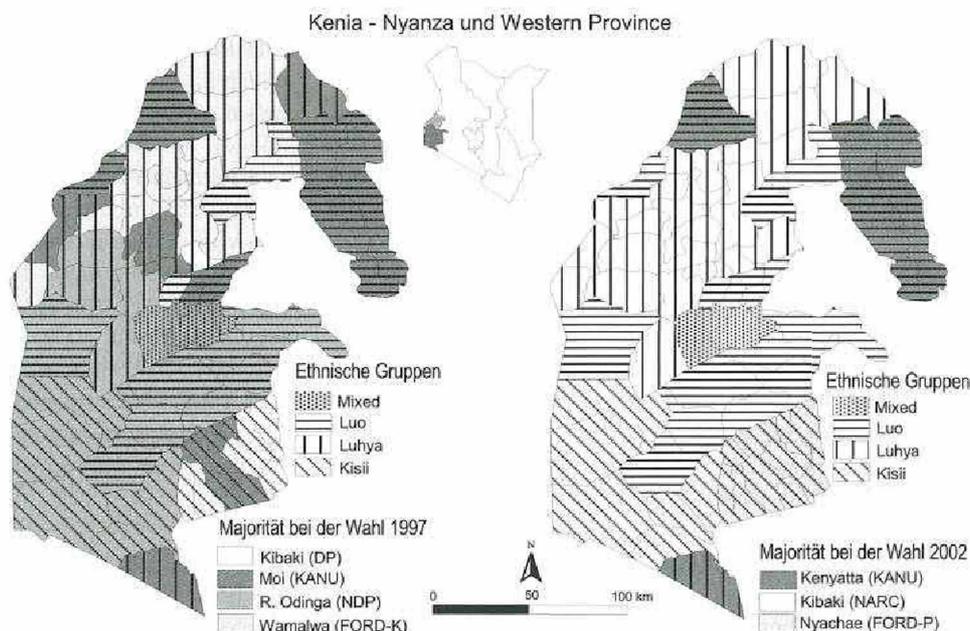
In Nairobi selbst hat Urbanisierung und Alphabetisierung in den letzten 15 Jahren zu einer Beschleunigung des sozialen Wandels, hin zu einer Verbreiterung der städtischen und ländlichen Mittelschicht geführt, die stark von westlichen Werten und Kommunikationsformen beeinflusst wird (MAIR 1998). KIBAKI übertraf hier seinen Wahlerfolg von 1997. Konnte ODINGA damals den Wahlkreis Langata für sich entscheiden, gewann KIBAKI 2002 in allen Wahlkreisen der Metropole.

Massive Zugewinne für KIBAKI waren auch in der Coast Province zu verzeichnen. Während MOI 1997 jeden Wahlkreis gewann, musste KENYATTA 15 der 21 Wahlkreise an KIBAKI abgeben. Die Bevölkerung der Provinz setzt sich überwiegend aus kleinen ethnischen Gruppen zusammen, bei einem vergleichsweise hohen Anteil von Angehörigen ethnischer Großgruppen aus anderen Provinzen (MAZRUI 2001). Die Angst, von einer größeren ethnischen Gruppe dominiert zu werden, ist ein Faktor, der die Provinz bisher zur KANU-Zone machte. Das schlechte Abschneiden der früheren Einheitspartei dürfte vor allem zwei Ursachen haben. Einerseits konnte KIBAKI auf die Wähler seiner früheren Oppositionsgegner NGILU, ODINGA und WAMALWA zählen, andererseits scheint das Image der KANU als eine Allianz von kleinen ethnischen Gruppen durch die Kandidatur KENYATTAs gelitten zu haben.

Gänzlich unbeeindruckt vom ethnischen Wechsel an der Spitze der KANU zeigten sich die North Eastern Province, der nördliche Teil der Eastern Province, sowie die überwiegend von Kalenjin bewohnten Wahlkreise der Rift Valley Province. Die größtenteils von Somali dominierte North Eastern Province ist von einer großen Distanz zum Zentrum gekennzeichnet (HORNSBY 2001). So sind vor allem lokale Themen wahlrelevant. Bis auf Wajir West gewann KENYATTA hier in jedem Wahlkreis. Dasselbe gilt auch für den von Borana, Gabra, Rendille und Somali bewohnten nördlichen Teil der Eastern Province.

Die Kalenjin blieben auch 2002 „ihrer“ Partei treu. Neben der Tatsache, dass eine große Anzahl von Angehörigen dieser ethnischen Gruppe wichtige Positionen in KANU und Verwaltung innehaben, ist das Wahlergebnis wohl auch durch die fehlende Alternative einer zweiten, von Kalenjin dominierten Partei zu erklären.

Die Folgen des Zusammenschlusses großer Teile der Opposition zur NARC zeigen sich am deutlichsten in Eastern, Nyanza und Western Province (vgl. Abb. 4). In Ersterer konnte KIBAKI neben den von Embu und Meru dominierten Wahlkreisen auch in den bisherigen NGILU-Hochburgen von Ukambani, der Heimat der Kamba, punkten.



Grundlagen: Map of Kenya 1: 250.000; NEMU (National Election Monitoring Unit); IED (Institute for Education in Democracy)

Abb. 4: Das Wahlverhalten in Nyanza und Western Province demonstriert den starken Einfluss des „ethnic voting“ in Kenia

In Nyanza zählen neben den Luo auch die Kisii zu den wahlrelevanten Gruppen. In den von letzteren dominierten Gebieten kam der KANU diesmal der NYACHAE-Faktor abhandeln. In Ermangelung einer Partei, welche von der eigenen ethnischen Gruppe getragen wurde, verteilten sich 1997 die Stimmen der Kisii auf KIBAKI und MOI. Der zur Ethnie der Kisii gehörige frühere KANU-Finanzminister und Vizepräsident Simon NYACHAE lieferte damals die Hälfte der von Kisii dominierten Wahlkreise an MOI und die KANU. 2002 bestritt NYACHAE die Wahl für FORD-People und konnte den überwiegenden Teil der Kisii-Wahlkreise für sich gewinnen. Darunter litt auch KIBAKI, der seinerseits die 1997 gewonnenen Kisii-Wahlkreise abgeben musste. Gleichzeitig gelang es ODINGA in Nyanza, seinen Luo-Wählerblock an KIBAKI zu vermitteln.

1997 wurde der Wahlkampf in der Western Province im Wesentlichen zwischen Michael Kijana WAMALWA und Daniel arap MOI ausgetragen. Durch geschicktes Taktieren, zu dem unter anderem das Versprechen zählte, den Luhya Musalia MUDAVADI zum Vizepräsidenten zu ernennen, gelang es MOI, den ethnischen Vorteil WAMALWAS weitgehend zu neutralisieren (KATUMANGA 2001). Im Vorfeld des Wahlkampfes 2002 bediente sich die KANU eines ähnlichen taktischen Schachzuges, indem MUDAVADI nun tatsächlich zum Vizepräsidenten ernannt wurde. Die Strategie der KANU hatte

jedoch den gegenteiligen Effekt. MUDA VADI, der ursprünglich dem Rainbow-Alliance-Flügel innerhalb der KANU angehört hatte, wurde die Rückkehr in ein Spitzenamt des KANU-Regimes von der Wählerschaft übel genommen. Dies machten vor allem die Unruhen deutlich, von denen die KANU-Wahlkundgebungen in der Provinz begleitet wurden (OPALA 2002). Das Misstrauen gegenüber der KANU dürfte so einen entscheidenden Beitrag zum Erfolg KIBAKIS in den bisherigen KANU-Wahlkreisen geleistet haben. Gleichzeitig gelang es KIBAKI, jene Wahlkreise zu gewinnen, die bisher WAMALWA unterstützt hatten.

9 Ausblick

Ethnizität beeinflusst die Politik Kenias weiterhin entscheidend. Anders als 1992 und 1997 fanden die Präsidentschaftswahlen 2002 weitgehend frei und fair statt. Dennoch orientierten sich Wahlentscheidungen weniger an persönlichen Interessen, als an der Zugehörigkeit zur jeweiligen ethnischen Gruppe. Lediglich in urban beeinflussten Gebieten, in welchen sich die Wählerschaft mehrheitlich aus einer gebildeten Mittelschicht zusammensetzt, tendiert Ethnizität zu einem nachgeordneten Entscheidungsmotiv zu werden. Das Wahlergebnis demonstriert gleichzeitig, dass Ethnizität und Demokratie einander nicht ausschließen. Erstmals wurde ein Präsident durch die Zustimmung einer breiten ethnischen Basis gewählt. Das Ergebnis spiegelt somit die multiethnische Zusammensetzung des Landes wider und bedeutet einen wichtigen Schritt in Richtung Demokratisierung. Inwieweit die Bedeutung ethnisch begründeter Gruppenzugehörigkeit in den nächsten fünf Jahren in den Hintergrund rücken wird, hängt maßgeblich von der Politik KIBAKIS und der NARC ab. Sollte es der jetzigen Regierung gelingen, die dominierende Rolle der Ethnizität in der Politik Kenias hintan zu stellen, könnte Kenia zu einem Vorbild für die krisengeschüttelte Region Ostafrika werden.

10 Literaturverzeichnis

- AT THE END OF THE RAINBOW (2002). In: *Africa Confidential*, 43.
- CHABAL P., DALOZ J.-P. (1999), Unordnung und ihr politischer Nutzen. In: *Der Überblick*, 35, 2, S. 17-22.
- DENG F. (1996), Identity in Africa's internal conflicts. In: *American Behavioral Scientist*, 40, S. 46-66.
- FORCHER-MAYR M., PRANGER I. (2003), Yote yawazekana bila Moi – Zur Ethnisierung der Politik in Kenia. In: *GW-Unterr.*, 91, S. 39-47.
- HOBBSAWN E. (1996), Ethnicity and Nationalism in Europe Today. In: BALAKRISHNAN G. (Hrsg), *Mapping the Nation*, S. 255-266. London, New York, Verso.

- HORNSBY C. (2001), Election Day and the Results. In: RUTTEN R., MAZRUI A., GRIGNON F. (Hrsg.), *Out for the Count: The 1997 General Elections and Prospects for Democracy in Kenya*, S. 135-204. Kampala, Fountain.
- HOROWITZ D. (1985), *Ethnic Groups in Conflict*. Berkeley, University of California Press.
- IED, INSTITUTE FOR EDUCATION IN DEMOCRACY, Kenya-Elections 2002. www.iedafrica.org 15/03/2003.
- IED, INSTITUTE FOR EDUCATION IN DEMOCRACY (1998), *Understanding Elections in Kenya: A Constituency Profile Approach*. Nairobi.
- JACKSON R.H., ROSBERG C. (1985), The Marginality of African States. In: CARTER G., O'MEARA S. (Hrsg.), *African Independence. The First 25 Years*, S. 45-70. Bloomington, Indiana University Press.
- KATUMANGA M. (2001), By Ballot, Pesa or Rungus: The Dialectics of the 1997 Electoral Politics in Western Province and Trans Nzoia District of Kenya. In: RUTTEN R., MAZRUI A., GRIGNON F. (Hrsg.), *Out for the Count: The 1997 General Elections and Prospects for Democracy in Kenya*, S. 513-533. Kampala, Fountain.
- MAIR S. (1998), Kenia. Eine blockierte Demokratie trotz starker Opposition. In: SCHUBERT G., TETZLAFF R. (Hrsg.), *Blockierte Demokratien in der Dritten Welt*, S. 239-265. Opladen, Leske + Budrich.
- MAZRUI A. (2001), Ethnic Voices and Trans-ethnic Voting: The 1997 Elections at the Kenya Coast. In: RUTTEN R., MAZRUI A., GRIGNON F. (Hrsg.), *Out for the Count: The 1997 General Elections and Prospects for Democracy in Kenya*, S. 275-295. Kampala, Fountain.
- MEHLER A. (1990), *Die nachkolonialen Staaten Afrikas zwischen Legitimität und Repression*. Frankfurt am Main, Lang.
- MURIUKI M. (2002), Observer teams give poll clean bill of health. In: *Daily Nation*, 30. Dezember 2002.
- NJOGU K. (2001), The Culture of Politics and Ethnic Nationalism in Central Province and Nairobi. In: RUTTEN R., MAZRUI A., GRIGNON F. (Hrsg.), *Out for the Count: The 1997 General Elections and Prospects for Democracy in Kenya*, S. 381-404. Kampala, Fountain.
- OGOT B.A. (1995), The Decolonisation of Kenya – The Decisive Years. In: Ogot B.A., Ochieng W.R. (Hrsg.), *Decolonization & Independence in Kenya*, S. 7-82. London, Nairobi, Ohio University Press.
- OPALA K. (2002), Will the vice-presidency ploy work for Kanu in Western? In: *Sunday Nation*, 10. November 2002.
- PETERS R.M. (1996), Zivile und politische Gesellschaft in Kenya. In: MEYNS P. (Hrsg.), *Staat und Gesellschaft in Afrika. Erosions- und Reformprozesse*, S. 60-80. Hamburg, Lit.
- PETERS R.M. (1998), Demokratisierung ohne Fundament? Ethnizität und politische Parteien in Kenya. In: BETZ J., BRÜNE S. (Hrsg.), *Jahrbuch Dritte Welt 1999*, S. 100-112. München, Leske + Budrich.
- RUGENE N., MUGONYI D. (2002), It's all together now. In: *Daily Nation*, 23. Oktober 2002.
- SEITZ S. (1994), Ethnische Strukturen und Konfliktfelder im tropischen Afrika. In: *Geogr. Rundschau*, 46, S. 540-545.
- TETZLAFF R. (1996), Demokratisierungschancen Afrikas – auch eine Frage der politischen Kultur. In: MEYNS P. (Hrsg.), *Staat und Gesellschaft in Afrika. Erosions- und Reformprozesse*, S. 1-16. Hamburg, Lit.
- VON TROTHA T. (1995), Gewalt, Staat und Basislegitimität. Notizen zum Problem der Macht in Afrika (und anderswo). In: WILLER H. et al. (Hrsg.), *Macht der Identität – Identität der Macht. Politische Prozesse und kultureller Wandel in Afrika*, S. 1-16. Münster, Lit.
- WEBER M. (1990), *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen, Mohr.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft](#)

Jahr/Year: 2003

Band/Volume: [145](#)

Autor(en)/Author(s): Pranger Ingrid, Forcher-Mayr Matthias

Artikel/Article: [Ethnizität und Wahlverhalten. Eine räumliche Darstellung am Beispiel der Wahlen 2002 in Kenia 279-294](#)